

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 32

Halle (S.), 7. August 1926

2. Jahrgang

## Zwischen Locarno und Genf.

Die vorläufige Illumination — Ein zu weiter Weg — Brasiliens Vetorecht — Polnischer Rückzug — Spaniens Anspruch — Die Aufgaben des Völkerbundes — Der bulgarisch-serbische Konflikt — Das Abrüstungsproblem — Briand's Aeußerung — Für Ausbau von Locarno — Engere Wirtschaftsverflechtung — Der deutsche Zollverein — Stresemanns Außenpolitik — Die Deutschnationalen — Wirths zweite Parole — Ablehnung auf allen Seiten — Magdeburg — Der Verfassungstag — Einigkeit und Treue.

Der Weg von dem kleinen Testamentskinder zu der großen Stadt San Jacques Rouffines ist weiter, als man angenommen hatte, damals, in jener Hofstimmung, die nach Abschluß des Sicherheitspaktes sich aller beteiligten Völker bemächtigte. Voreilig illuminierte die Kirche Madonna del Gallo das Wort Frieden. Locarno und Genf liegen in derselben Stadt, und zwar in einem der kleinsten Europas. Wie konnte man damals annehmen, daß gut ein Jahr vergehen würde, ehe diese Straße zurückgelegt sein würde. Und doch wissen wir auch heute noch nicht, ob es diesmal gelingt, die Genfer Tagung erfreulich abzuschließen und den alten Erdteil vor neuer Erschütterung zu bewahren. Es nihtern man die Dinge prüft, um so weniger hat man Enttäuschungen zu fürchten. Was im März einer Verständigung entgegenstand, ist auch heute noch nicht völlig überwunden. Darüber muß man sich klar sein, auch wenn man die Hoffnung hegen kann, daß eine Einigungsformel gefunden wird. Zunächst ist zwar Brasiliens keinen Austritt erklärt, aber die Kündigung ist nicht fruchtlos, sondern den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unmöglich zu machen.

Allerdings sehr groß ist die Wahrscheinlichkeit nicht, denn Brasilien wird von seinem Recht Gebrauch machen, das ohnehin am Ende des Jahres abläuft und jede Aussicht auf spätere Verlängerung endgültig bedroht. Die Aufnahme Deutschlands kann vermutlich erfolgen, aber damit ist die Frage nicht entschieden, ob der Völkerbund einer Weiterentwicklung fähig ist, oder bereits Zeichen nahenden Verfalls aufweist. Nicht der Punkt 11, der sich auf das Reich bezieht, sondern der nächste bildet die gefährliche Klippe. Es ist die Reform des Rates. Fleißige Arbeit des Ausschusses hat Reformvorschlüsse unterbreitet, die zweifellos eine gewisse Gerechtigkeit in der Umgehung von Schwierigkeiten verraten, aber nur durchführbar sind, wenn guter Wille die eigenen Wünsche zurückstellt. Und das ist zweifelhaft. Spanien wie Polen haben ihre Ansprüche noch einmal in den letzten Tagen angemeldet. Herr Jaless hat allerdings schon die Kündigungslinie gefunden. Wenn Warschau nicht seinen Willen durchsetzen kann, wird es sich mit einer Währungsabzahlung begnügen, am späteren möglichst einmal mehr zu bekommen. Eine sehr vernünftige Politik, die keine Aussetzer verächtlich und aus der Gegenwart herausstößt, was aus ihr herauszuholen ist. Besondere Forderungen über die Dinge, soweit es sich um Spanien handelt. Daß es als gleichberechtigte Großmacht anerkannt werden will, ist kein gutes Recht, das gerade wir am allerwenigsten bestreiten. Schon aus Dankbarkeit für die christliche Neutralität während des Krieges, in der sich uns manche schwerwiegenden Opfer hätten erweisen können. Aber kaum anzunehmen, daß die Entscheidung den Madrid-Entscheidungen entspricht. Eine Kündigung von dieser Seite wäre schmerzhaft, weil es sich um einen europäischen Großakt handelt, während wir das Aussehen Brasiliens, dessen Interessen doch einmal in Pan-America münden, gleichgültiger ertragen würden.

Der Völkerbund muß aber, sobald er diese Krise überwunden hat, erst einmal seine Daseinsberechtigung und Daseinsfähigkeit beweisen. Aufgaben werden vermutlich nicht fehlen. Nicht nur die ungelösten Konflikte kleinerer Art, sondern wirkliche Probleme. Selbst ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen Bulgarien und Jugoslawien, der wenigstens in aufgeregten Meldungen angekündigt wird, ließe sich mit den Machtmitteln, die Genf zu Gebote stehen, wie z. B. ein finanzieller Bonifat, durchaus beseitigen. Schlimmer liegen sind die großen Finanzprobleme Desterreichs und Ungarns. Das Wichtigste aber bleibt die Reform selbst, und zwar nicht nur die des Rates, die infolge der Märzereignisse zwingend wurde, sondern der ganzen Institution überhaupt. Wenn der Völkerbund mehr als ein Parlament sein will, das von Bedeutungslosigkeit nach den alten Reichstagen übertrifft, so muß es sich vollkommen umstellen und auch vor weitestgehenden Veränderungen nicht zurückweichen. Es muß die Grundzüge schaffen, um auch Brasiliens den nötigen Nachdruck zu verleihen. Dazu aber ist vor allem die Abrüstung nötig. Millionen Heere kommen von Genf aus nicht kommandieren. Man kann auch

keine Sanktionen vornehmen gegen Staaten, die bis an die Zähne bewaffnet sind, sonst bedeutet das lediglich einen neuen Weltkrieg. Nach einer Abrüstung aber könnte sehr wohl ein Bundesheer entstehen.

Und diese Abrüstung liegt durchaus im eigensten Interesse Europas. Bergewölke kämpfen verschiedene Staaten jetzt gegen ihren Währungszerfall an, ohne jeher Herr werden zu können. Zum mindesten zweifelhaft bleibt es, ob die rücksichtslosen Maßnahmen der belgischen Regierung auf Grund ihres Ermächtigungsgesetzes vollen Erfolg versprechen. Aber sie sind immer noch ausfallsicher als die französischen, die vor allem an innerer Zweipoligkeit frank. Was Poincaré vorstößt, und die Kammer hat ihm die Gefolgschaft geleistet, die sie Gailaur und de Monzie verweigerte, macht keinen überwältigenden Eindruck. Mit Steuer allein füllt man keine Kassen, an allererstens in einer Inflationszeit. Diese Erfahrungen könnten wir den Franzosen billig abgeben. In Wirklichkeit sind einzelne Gelege sogar eine verheerende neue Inflation. Noch steigt der Franken, wie das Thermometer in diesen Sommertagen, aber Verlaß ist darauf nicht und der Rückschlag könnte recht erböslich werden. Ohne Hilfe des Auslandes wird keiner der europäischen Staaten, ganz gleich ob Sieger oder Besiegter, seine Finanzkrise überwinden.

Dazu aber ist vor allem neben der Abrüstung eine Verständigung untereinander notwendig. Herr Briand hat das wieder einmal mit anerkennenswerthem Mut ausgedrückt. Er wünscht eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland, in der klaren Erkenntnis, daß die beiden Ländern zum Vorteil gereichen würde. In der Tat sehen wir in einem europäischen Wirtschaftsverband die unbedingt notwendige Voraussetzung für den Wiederaufbau. Und auch hier liegen wir auf alte Erfahrungen. In der Schule lernt man so nur, daß die Reichsgründung im Spiegelbild zu Versailles verhandelt wurde. Auf den Schlachtfeldern, und das ist für Schülerpersonen etwas, wurde das Reich geschmiedet. In Wirklichkeit war der Grundstein längst gelegt. Der Deutsche Zollverein hat Bismarck gewaltige Arbeit geleistet, auch wenn 1866 die deutschen Stämme noch einmal mit den Waffen gegeneinander im Felde erschienen. Es war die letzte Zustand seines deutschen Geistes, der uns ein Jahrtausend hindurch niedergehalten hat. Will man es als Verleugung gelten lassen, so war hofentlich der Weltkrieg die letzte Zustand jenes europäischen Geistes, der zuletzt die Abhängigkeit von dem jüngsten Erdteil fest begründet hat.

Briand aber ging weiter, er hat sich noch einmal zu Locarno bekant und seinen Ausbau als Ziel seines Strebens unterrichtet. In der Tat, wenn Genf wieder scheitern sollte, und Vorstich damit rechnen müssen, auch wenn man noch die Hoffnung hegt, daß die Krise überwunden wird, so bleibt ein Weiterempinnen von Garantieverträgen die einzige Möglichkeit, Europa vor neuen Erschütterungen zu behüten. Man kann sogar sagen, es ist auf jeden Fall müßige Arbeit. Wird Europa befreit, so ist der Völkerbund gefährlicher als jetzt, und existiert er dann nicht mehr, dann haben wir wenigstens einen Erfolg, der die Zukunft vor neuen Wirren bewahrt. Locarno unter allen Umständen. Genf, wenn es möglich ist.

Die deutsche Außenpolitik ist auf beides eingestellt. Man kann heute schon richtig erklären, daß es etwas anderes für uns garricht gibt. Selbst in deutschnationalen Kreisen dämmert es, wie gelegentliche Aeußerungen in der Presse beweisen, und wir glauben nicht falls unverrichteter zu sein, wenn wir sagen, daß ein großer Teil der Reaktion heute bedauert, damals gegen den Vertrag gestimmt zu haben. Unsere innere Politik ist davon entscheidend beeinflusst worden. Man kann getrost Ansicht darüber sein, ob es nicht in dieser Hinsicht gut war, daß die Deutschnationalen noch einmal verlagert. Wir würden uns dieser Ansicht unbedingt anschließen, wenn die Sozialdemokraten sich zu praktischer Mitarbeit ausgerufen hätten. Sie tragen die Hauptlast an der Zerfahrenheit unserer innerpolitischen Verhältnisse. Das muß betont werden, weil der zweite Vorstoß des ehemaligen Kanzlers Wirth sich wieder an die Sozialdemokratie wendet und die Weimarer Koalition fordert. Wäre die Sozialdemokratie weniger auf Agitation eingestellt, so ließe sich darüber reden, obwohl der Koalition die Mehrheit fehlt. Sie könnte sie vielleicht durch Neuwahlen erhalten, so aber ist es unbedenkbar. Selbst die Breslauer Volkstzung, das Organ Lödes, hat nur einige freundliche Worte für Wirth gefunden, andere sehr

nen überhaupt ab. Im Zentrum hörten wir kaum eine zustimmende Aeußerung, wenn man von den Winddorfs-Bänden abliest. In der demokratischen Presse hat gleichfalls ein großer Teil sich dagegen gewandt. Hier ist es vor allem das starke Bedenken gegen den Ausschluß der Deutschen Volkspartei, die soeben erst offiziell durch Stresemanns Rede und durch einen Artikel des sehr wohl rechts stehenden Dr. Gildemeister, auf den Boden der Republik getreten ist. Auch in der Leitung der Partei wird man wenig Neigung verspüren, heute schon eine Parole auszusprechen, die vielleicht sich mit den Verhältnissen garricht vereinbaren läßt, denn wie die Verhältnisse wirklich liegen, werden wir erst bei Wiederausammentritt des Reichstages sehen.

Die Republik steht fest. An dieser Überzeugung lassen wir nicht rütteln. Daß vieles geschehen muß, um Ordnung zu schaffen, versteht sich nach Magdeburg von selbst. Aber das sind Verwaltungsmaßnahmen, die getroffen werden müssen. Mit dem Geist der Mehrheit hat es nichts zu tun. Die Aufgabe ist eben, der Willen des deutschen Volkes zu zeigen, es läßt nichts geschäft. Ein Tempel der Demokratie bei der Veranlagung dieser Kreise gemindert. Der Vorwurf trifft nicht das deutsche Volk. Wenn am 11. der Verfassungstag festlich begangen wird, dann soll man nicht nur schöne Reden hören und noch schönere Heben halten, sondern man soll vor allem die heilige Staatsautorität gegen ihre wirtschaftsfeindlichen Hinderer auf manchem Felde energisch durchsetzen. Nimmer wird das Reich zerfallen, wenn ihr einig sind und treu steht am Kaiser Wilhelm-Denkmal in Koblenz. Mit der Einigkeit ist es bei uns ja leider nicht weit her. Aber die Treue wenigstens können wir erwingen. Daß dies geschieht, ist unser Wunsch zum Tage der Reichsverfassung.

Richard Man.

## Die demokratische Reichstagsfraktion und die Landwirtschaft.

II. Pachtgesetzordnung.

Am der Pachtfrage sind Millionen landwirtschaftlicher, hauptsächlich bäuerlicher Betriebe auf das höchste interessiert, da fast 50 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe entweder ganz oder teilweise mit Pachtland wirtschaften. Mit dem 30. September 1925 ist die bis dahin geltende Reichspachtgesetzordnung (die Länder haben dazu Ausführungsgesetze bzw. Verordnungen erlassen) ab. Im Frühjahr 1925 begann der Kampf um die Verlängerung der Pachtgesetzordnung, in dem die demokratische Reichstagsfraktion unbedingte die Führung gehabt hat. Sein Ziel war: die Schaffung eines Dauerpachtgesetzes, die Aufrechterhaltung und der Ausbau des Kündigungsschutzes auf für mittelbäuerliche Betriebe, die Aufrechterhaltung des sozialen Schutzes (gegen Pachtpreisanstieg) und die Schaffung der Möglichkeit einer Verlängerung des Pachtvertrages bis zu fünf Jahren gegen bisher zwei Jahre, um ein intensives Arbeiten des Pächters zu ermöglichen, der bei der bisherigen, immer nur kurzfristigen Verlängerung der Pachtverträge oft zur Raubbauwirtschaft veranlaßt worden ist.

Mit knapper Mehrheit, gegen die Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftliche Vereinigung (!), Bayerische Volkspartei, Wesfen und die Hälfte des Zentrum gelang es, die Verlängerung der Pachtgesetzordnung bis zum 30. September 1927 und eine Reihe von weiteren Verbesserungen durchzusetzen. Ungeachtet Tausende von bäuerlichen Betrieben verdanken diesem demokratischen Erfolg die Erhaltung ihrer Existenz!

Ein Antrag Rönneburg der Demokratischen Fraktion bei der Haushaltsberatung (vom 10. Dezember 1925), durch den die Reichsverordnung eracht werden sollte, in Ergänzung ihres Preisabbauprogramms auf die Organisationsfragen der Pächter, insbesondere auf die „Lote Bände“, die Länder und Gemeinden einzurufen, der Rönneburg angehängt ihrer wirtschaftlichen Notlage einen kräftigen Pachtzuschlag zu gewähren, wurde von dem Reichsstad (Deutschnationalen bis Zentrum einschließlich) abgelehnt. Ein ähnlicher Antrag, der im Juni d. J. bei der Beratung

des Gesetzes über die Schaffung von Rädertkreditinstituten gestellt wurde, fast gegen die Stimmen der Rechten (einschließlich der Wirtschaftlichen Vereinigung) Annahme.

### Kreditfragen.

Bei der Bewilligung von Rädertkreditinstituten für die Landwirtschaft ist von der demokratischen Reichstagsfraktion immer wieder darauf gedrungen worden, daß insbesondere die Bauernschaft und die Pächter bei der Verteilung der Kredite mehr als bisher berücksichtigt werden sollen, entsprechend ihrer Belastung bei der Rentenbankgrundschuld.

1) Bei der Beratung des Gesetzes über die Schaffung der Rentenbankkreditanstalt, die in der Hauptsache der Kreditgewährung für die Landwirtschaft dienen soll, gelang es, demokratische Verbesserungsanträge durchzubringen, durch die erreicht worden ist:

a) eine Vertretung der Bauernschaft in dem Verwaltungsrat der Rentenbankkreditanstalt und in der Aufsichtsratsverwaltung. Weisgebende demokratische Anträge auf stärkere Vertretung der Bauernschaft wurden abgelehnt.

b) Ebenso ist es einem demokratischen Antrage zu danken, daß bei der Kreditgewährung die Verhältnisse und Bedürfnisse der einzelnen Länder und Landesteile sowie die verschiedenen Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe angemessen berücksichtigt werden sollen.

2) Schon im vorigen Jahre wurde von den Rednern der demokratischen Fraktion (Dietrich, Rönneburg) wiederholt im Reichstage auf die dringende Notwendigkeit verwiesen, daß man den besonders belasteten Pächtern die Möglichkeit der Erlangung von Krediten schaffen müsse. Dem ist jetzt durch das Gesetz über die Ermöglichung der Kapitalkreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter, an dem die demokratische Fraktion mitgearbeitet und für das sie gestimmt, entsprochen worden.

3) Durch einen demokratischen Antrag Rönneburg im Dezember d. J. verlangt die Demokratische Reichstagsfraktion von der Reichsregierung Maßnahmen im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Kreditinstituten, um die Wiederbeschaffung von langfristigen Realrediten für die Landwirtschaft zu ermöglichen.

### III Steuerfragen.

1.) Die Demokratische Fraktion beantragte im Februar 1925 die Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, durch den eine Neuwertung des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens in dem Sinne erfolgt, daß ein möglichst gleichwertige, die Bodenqualität und Lage berücksichtigende Bewertung von Groß-, Mittel- und Kleingrundstücken dabei stattfindet. Dabei soll eine öffentliche Auslegung der Bewertungsergebnisse festgelegt werden. Die Bewertung von Gebäuden und Inventar soll zur Vermeidung einer Benachteiligung der Kleinbetriebe durch prozentuale Zuschläge erfolgen, die bei allen Betriebsgrößenklassen gleich hoch sind. — Diesen Antrag ist, wenn auch nicht völlig in dem von den Demokraten gewünschten Sinne, durch das **Reisbewertungsgesetz** entsprochen worden.

2.) Ein weiterer demokratischer Antrag Rönneburg vom Februar 1925, im Dezember 1925 wiederholt, verlangt die Einsetzung einer **Eigenverbrauchs- und landwirtschaftlichen Haushaltungen**, die den größten Teil dieses Jahres ausschließlich mit Familienkräften wirtschaften, ungeschuldet bleiben sollte. Zurzeit der Reichsregierung und des bismarckianischen Finanzministers des Schließen konnte dieser Antrag nicht durchgeführt werden. In wiederholten mündlichen und schriftlichen Verhandlungen mit dem jetzigen demokratischen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat die Demokratische Fraktion, die in dieser Frage die Führung gehabt hat, ihr Ziel erreicht. Durch Verordnung des demokratischen Reichsfinanzministers vom 5. Juni ist der **Eigenverbrauchs- und landwirtschaftlichen Haushaltungen** mit einem Jahresumsatz von nicht mehr als 10 000 Mark ungeschuldet.

3.) Ein dritter demokratischer Antrag Rönneburg verlangt ein Gesetz, nachdem entweder die **landwirtschaftliche Buchführung** als Grundlage für die **Steuerveranlagung** bestätigt wird oder aber eine Festlegung der Verpflichtung für die Finanzämter erfolgt, diese Buchführung nicht anzuerkennen, wenn ihre Ergebnisse wesentlich von den sonst üblichen Ertragsdaten abweichen.

Die zurzeit der Reichsregierung und des Finanzministers von Schlieber durchgeführte **Haushaltsbefreiung und Einkommensteuerung** hat zu außerordentlichen Ungerechtigkeiten für die Bauernschaft geführt. Danach sind die meisten landwirtschaftlichen Großbetriebe entweder steuerfrei oder zahlen ganz wenig Einkommensteuer, während die bäuerlichen Betriebe entweder auf der Grundlage der Haushaltsbefreiung oder der Veranlagung nach Durchschnittssätzen (weil sie durchweg keine Buchführung haben) zu sehr hohen Steuerleistungen herangezogen wurden. Dagegen hat die Demokratische Fraktion monatelang energisch angeklagt. Sie ist deswegen in Gemeinschaft mit bäuerlichen Organisationen (Reisverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe und Deutscher Bauernbund) mündlich und schriftlich beim demokratischen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold vorstellig geworden. Sie hat bei der Verabsichtigung des Gesetzes über Steueränderungen vom März 1926 insofern einen Erfolg erzielt, als von dem demokratischen Reichsfinanzminister angeordnet wurde, daß bei den landwirtschaftlichen Großgrundbesitzern die **Buchführungsergebnisse** für die Einsetzung der Einkommensteuer dann nicht maßgebend sein sollen, wenn der Verbrauch und die Lebensführung der Großgrundbesitzer im Widerspruch zu ihren Einsetzungsergebnissen stehen.

## Ein Nachwort zum Falle Kölling.

Der Irrtum des Untersuchungsrichters. — Sollen die verlesenerischen Anwürfe gegen das Innenministerium ohne Sühne bleiben. — Die Magdeburger Richter in peinlicher Lage.

Der Word an dem Kaufmann Jelling, der wohlensicht nicht nur Magdeburger, sondern die gesamte Öffentlichkeit im Reiche in Aufregung gehalten hat, hat nun endlich seine Aufklärung erfahren. Schröder hat ein umfassendes Geständnis abgelegt, daß er den unglücklichen Jelling ermedet hat und zwar, wie er ausdrücklich einräumte, ohne von Haas dazu angestiftet worden zu sein.

Allen überdies hat Jelling die Aufklärung eigentlich nicht; jedem Einflüßter, die der Ermittlungen der Berliner Kriminalkommission aufmerksamer verfolgte, waren schon längst Zweifel darüber aufgetaucht, ob von dem Untersuchungsrichter des Magdeburger Landgerichts noch bis in die letzten Tage hinein verdorrene These, daß Schröder nur das Werkzeuge des Fabrikanten Haas gewesen und daß Haas der Anstifter, also der moralische Urheber der Mordtat, sei, irgendwie eine Begründung hatte. Ueberhaupt kam das **Geständnis nur allein dem Landrichter Kölling**, der sich fortwährend jeder besseren Einsicht verschloß, und mit einem Eifer seine falschen Spuren verfolgte, der sicherlich schon längst Licht in die dunkle Sache gebracht hätte, wenn er nur dem Rote der erfahrenen Berliner Kriminalkommission gefolgt wäre und seine Ermittlungen auch auf die dem Mörder nachsehende Umgehung ausgedehnt hätte. In der Tat ist doch erst der Stein ins Rollen gebracht worden, als die Berliner Kriminalkommission mit Zustimmung der Oberstaatsanwaltschaft die **Gebietse Schröders**, deren Verfolgung der Untersuchungsrichter hartnäckig ablehnte, in Köln feinsam und nach Magdeburg brachte. 24 Stunden nach der Verhaftung der Sühne Gänge war die Mordtat aufgelklärt und Schröder gefänglich.

Landrichter Kölling hatte noch vor zwei Tagen Betreten der Berliner Reichspresse verurteilt, daß sich sein Reg um den Fabrikanten Haas immer enger löst und daß mit seiner Ueberführung in den nächsten Tagen zu rechnen ist. Man, tren ist menschlich und auch ein Landrichter als Untersuchungsrichter ist ein Mensch, der von dieser Regel nicht ausgeschlossen ist. Wir hätten daher auch keinerlei Anlaß, uns näher mit Herrn Kölling und seinen Ermittlungsmethoden zu beschäftigen, wenn sich der Fall Jelling nicht durch seine ganz unglaublichen Verhältnisse während der Untersuchung zu einer politischen Angelegenheit, ja direkt zu einem politischen Skandal ausgewandelt hätte. Wir hatten ursprünglich in den letzten Wochen zu dem Fall Jelling geschwiegen, aus das zu erwartende Ergebnis der Untersuchung abzuwarten, obwohl das widerliche Schauspiel, das der von Kölling provozierte Konflikt zwischen Jelling und innerer Verwaltung der Öffentlichkeit bot, bei allen laudlichen Bedenken, eine gerechte Empörung ausgeflößt hatte.

Es ist ein in der Geschichte unserer Väter einzig bestehender Fall, daß ein Untersuchungsrichter im Verlaufe der Untersuchung eines Mordes gegen die Behörden, die ihm nach besten Kräften beistehen, die Mordangelegenheit aufzuklären, indem sie ihm ihre fähigsten Beamten für die Ermittlungen zur Verfügung stellen, durch Veröffentlichungen in der Reichspresse den mehr oder minder offenen Vorwurf erhob, daß sie einen Schuldigen der Strafverfolgung entziehen und der Gerechtigkeit in den Arm fallen wollten.

Landrichter Kölling hat auch nicht den Schimmer des Beweises für diese schwere Anklage beibringen können; mit Begünstigung aber griff die Reichspresse für den Untersuchungsrichter Partei und machte sich seine Vorwürfe zu eigen. Ja, der deutschnationale Abgeordnete für den Kreis Magdeburg, Professor Meyer, trieb die Forderung so weit, gegen den Minister des Innern, den Oberpräsidenten und die Kriminalbeamten, die die Rühmlichkeit befehlen, in der Mordangelegenheit eine eigene Ansicht zu haben und Spuren zu verfolgen, die dem Untersuchungsrichter als abwegig erschienen, da sie zur Ermittlung des wirtlichen Mörders führen mußten, bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Verhinderung des Mörders zu stellen.

Was wäre wohl in der wilhelmischen Zeit einem Richter und dem Lehrer einer staatlichen Erziehungsanstalt passiert, selbst wenn dieser Lehrer durch die Abgeordnetenmajorität ge-

4.) Die Demokratische Fraktion hat ferner eine erhebliche Minderung der Einkommensteuer für die bäuerlichen Betriebe erreicht, indem die Unzulässigkeit bei der Haushaltsbefreiung für die mitarbeitenden Familien-

## Fahren heraus!!

Demokraten, Republikaner, schmückt eure Häuser, Balkone und Fenster am Verfassungstag, Mittwoch, den 11. August, mit den Fahnen der Republik.

mitglieder um etwa die Hälfte im Herbst herabgesetzt werden sollen. Einkommen können diese Steuerbeträge auf Antrag gestundet werden.

5.) Das gleiche Gesetz über Steuerneminderungen, das Reichstagsfraktion für die Landwirtschaft ist noch an folgendem auch eine **Erleichterung in den Vermögenssteuern für die kleineren und mittleren bäuerlichen Betriebe**. Hinsichtlich der weiteren Arbeit der Demokratischen Reichstagsfraktion für die Landwirtschaft sei noch an folgendes erinnert:

1) Im Vorjahre brachte die Demokratische Fraktion einen Antrag Kroll ein, nach dem die Reichsregierung eine Konferenz einberufen soll zur **Förderung der Produktion und des Verbrauches von inländischem Obst und Gemüse**. Zu dieser Konferenz sollen Vertreter der Erzeugertreife, der Verbraucher, des Großhandels und der Reichs Eisenbahn hinzugezogen werden.

2) Im Dezember 1925 brachte die Demokratische Fraktion einen Antrag Rönneburg ein, der die Reichs-

schäft war, wenn sie sich hätten einfallen lassen, Vorwürfe ähnlicher Art gegen einen Minister oder einen Oberpräsidenten zu erheben? Wir glauben, dem Richter, der ja nach dem Gesetz ungeschuldet ist, wäre sehr bald Gelegenheit gegeben worden, in Kommoden oder Hinterlistigkeiten darüber nachzudenken, daß man nicht ungeschuldet die Staatsautorität antastet darf, wenn man nebenbei durch seine Stellung dazu berufen ist, selbst die Staatsautorität zu schützen. Mit dem Lehrer einer staatlichen Erziehungsanstalt aber hätte man kurzen Prozeß gemacht und ihn kurzerhand den Laufpaß gegeben. Damals gab es allerdings keine sozialdemokratischen Minister. Heute sind die Kämmer an der Spitze unserer Regierung vogelfrei. Ungeschuldet kann je jeder Lämmel mit Kot bewerfen. Kommt es in der Tat einmal zu einer Strafaktion, dann werden dem Uebelthäter mildernde Umstände in weitestgehendem Maße zugewilligt und die eigentliche Strafe kommt fast einer Reibung gleich. Die Delinquent selbst wird aber in der Reichspresse als ein Wärtzler seiner Ueberzeugung gefeiert.

Ueber Landrichter Kölling dürfte das letzte Wort nicht gesprochen sein. Ob er selbst um seine Verabschiedung einkommen wird, was nach seinem erklarten Reimlich und nach seinem ungläubigen Vorgehen gegen Beamte eines anderen Reichsgerichts eigentlich selbstverständlich wäre, oder ob ihm seine vorergriffene Behörde diesen Schritt dringend nahelegen wird, da er seine Unfähigkeit als Untersuchungsrichter auf so schlagende Weise bewiesen hat, darüber kann juristisch nichts mitgeteilt werden. Kölling befindet sich ja nicht in der gleichen glücklichen Lage wie Professor Meyer, den seine Immunität als Abgeordneter selbst gegen ein Disziplinarverfahren schützt und der unter diesem Schutz ruhig weiter sein Gift verströmen wird, bis er unter diesem Schutz ruhig weiter sein Gift verströmen wird.

Der Fall Schröder wurde, weil er auf eine neue auf die Wägen anderer hochachtbare hin und fordert getrieblert zu einer beschleunigten Abänderung. Die Reichsregierung haben denfalls Staatsbürger in Untersuchungshaft gefesselt und waren den schärfsten Gesetzen ausgesetzt, weil es einem lächerlichen Mordtäter gelang, gegen sie dankte Mordtötung zu erheben, die freilich ein fähiger Untersuchungsrichter mit leichter Mühe durchschauen hätte.

Reichsrichter hätten Spas und Rißer noch einige Wochen und Monate länger in Untersuchungshaft zubringen müssen, wenn nicht die Landesstrafkammer des Magdeburger Kriminalamts in der Haft, mit dessen Arbeit nur der Untersuchungsrichter einverstanden war, einsetzt und durch schärfere Kriminalbeamte ersetzt hätte. Die Aufklärung des Mordfalles liegt aber weiterhin erkennen, wie lächerlich der ganze Kompetenzkonflikt zwischen dem Untersuchungsrichter und der Landesstrafkammer war.

Auch dem Magdeburger Richterkollegium, das sich zwar nicht offiziell, aber doch durch den Mund des Preussischen Ministervereins mit dem Begehren des Landrichters Kölling solidarisch erklärt hatte, wird der Ausgang der Untersuchung außerordentlich peinlich sein. Ohne es zu wollen, haben in der Tat die Magdeburger Richter durch ihre bekannte Erklärung der Auffassung Vorbehalt geleistet, als sei ihre Neutralität in parteipolitischen Hinsicht nicht unanfechtbar und als würde nach der Magdeburger Justiz mit zweifelhafte Maß gemessen. Wir wissen, daß diese Auffassung nicht zutrifft und daß unsere Richter bemüht sind, ihr Amt ohne Ansehen in dem Ebert-Prozesse. Die Aufnahme des Richterprozesses in dem Ebert-Prozesse, der wirklich alles andere als glänzend ist, die ganzen Begleiterscheinungen bei der Führung des Ebert-Prozesses haben lassen die Magdeburger Richter für Kölling, der bei der Führung der Untersuchung des Jelling'schen Mordes eine so wenig geschickte Hand bewies, daß auch der kriminalistisch nicht vorzuziehende Fall auf die dabei begangenen Unterlassungen und Fehler geschlossen wurde, daß sie in der Öffentlichkeit in eine schiere Lüge gebracht und es wird großer Mühe bedürfen, daß in der Bevölkerung erstinkende Migranten in die Wahrung der Reichspresse bei dem Magdeburger Gericht wieder zum Vorkommen zu bringen.

gierung erücht, angesichts der Gefahren, die der landwirtschaftlichen Produktion drohen, weil es der Landwirtschaft an den nötigen Mitteln zur Beschaffung von künstlichem Dünger fehlt, unternimmt dafür zu sorgen, daß unter Mitwirkung aller beteiligten Organisationen der Landwirtschaft die nötigen Düngemittel durch entsprechende Kredithilfe ausgeführt werden.

3) Im Februar dieses Jahres wurde durch eine demokratische Interpellation Lemmer und Genossen darauf hingewiesen, daß trotz der erheblichen Arbeitslosigkeit in Deutschland nach der amtlichen Statistik noch im vergangenen Jahre rund 130 000 Polen zum Großgrundbesitz nach Deutschland hineingeholt worden sind. Sie verlangt Maßnahmen der Reichsregierung, um den Arbeitsmarkt, besonders an den national gefährdeten Grenzmarkprovinzen des deutschen Ostens, vor dem Zustrom ausländischer Arbeiter zu sichern und zahlreichen deutschen Arbeitern dadurch Brot zu geben.

4) Ein ähnlicher Antrag wurde im Juni dieses Jahres von dem demokratischen Abg. Lemmer und Rönneburg im Reichstagsfraktion Vorstelligung des Reichstages eingebracht, in dem weiter noch die Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen gefördert wurde und Maßnahmen, die das übertriebliche Verleiben polnischer Wanderarbeiter über die Arbeitslosen hinaus unmöglich machen will. Dieser Antrag fand Annahme. Aus diesen kurzen Angaben ist zu sehen, daß die Demokratische Reichstagsfraktion immer bemüht gewesen ist, für der Interessen der deutschen Bauernschaft im weitestgehenden Maße anzukämpfen. Sie hat es getan in enger Zusammenarbeit mit den bäuerlichen Verbänden, insbesondere mit dem Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe.

# Die Vertrauenskrise auf dem Höhepunkt.

„Gute Zeiten für Wüder.“

Man denke: des Reiches Justizminister spricht von einer Vertrauenskrise der Justiz. Auch wenn man sich nur Verallgemeinerungen hütet, so muß man doch sagen, daß die Geschichte der Justiz in den sieben Jahren der Weimarer Republik ein überaus unerfreuliches Bild bietet. Man spürt einmal der Sinn für das Recht gelähmt worden ist, so wird man wohl auch in deutschen Richterkreisen an diese Jahre nur mit einem gewissen Schauer zurückdenken. Was sich aber jetzt ereignet hat, das ist ganz überdies. Wenn die gemeinsamen Verleumdungen des Reichspräsidenten Ebert mit 50 Mark Geldstrafe geahndet wurden und wenn die Farben der Republik gegenwärtig sind, wenn diese standhaften Ereignisse durch die Magdeburger Verleumdungen noch in den Schatten gestellt. Auch vor kein Freund harter Ausdrücke ist, der nicht doch sagen, daß dieser Magdeburger Skandal keinesfalls lüchelt die Vertrauenskrise der deutschen Justiz ist auf dem Höhepunkt angelangt.

Zu den guttunlichstigen Beamtenkreisen hat es immer gehört, daß Kompetenzkonflikte nicht vor der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Dieser altvertraute Brauch hatte durchaus seine Berechtigung, denn bei derartigen Streitigkeiten zwischen den Behörden leidet erstens und allein die Staatsautorität. Dieser Staatsautorität ist durch den Brief des Innenministeriums Kölling in Wahrheit eine tiefe Wunde gefügt worden, und es bedarf aller Anstrengungen der Behörden, durch schnelle Maßnahmen dahin zu wirken, daß dieser Angriff ohne ernste Folgen für den Staat selbst bleibt. Herr Kölling hat nicht nur den Kompetenzkonflikt abstrahant an die Öffentlichkeit gebracht, er hat ihn auch auf die Spitze getrieben und hat ihm die politische Färbung dadurch besonders gegeben, daß er seinen Brief einer rechtslebenden Zeitung übermittelte. Damit dieses Prinzip aber auch seine ganze Wirkung nicht verfehlt, hat er nunmehr der deutschen nationale Landtagsgeordnete Konrad Meier, seines Reichs Gerichtspräsident, hergekommen und hat einen Straftrag gegen Weich und Gering wegen Verleumdung der Täter in der Magdeburger Mordaffäre gestellt. Wenn bis jetzt die politischen Zusammenhänge nicht klar geworden sind, der muß mit politischer Blindheit gefolgt sein.

Dieses Schindlerstückel mit der Staatsautorität muß ein ernstlich aufpassen. Bedenken denn die Herren von rechts nicht, daß die einzigen, die sich freuen, die Wüder sind? Die Unzufriedenheiten werden jeden Tag das Wort von den „guten Zeiten für Wüder“. Es scheint, daß diese guten Zeiten angebrochen sind. Wir wissen nicht, wieviel Schreiber schuldig, wieviel Haas ungeschuldig ist. Wenn das richtig ist, was bisher verlautet, so verdienen besonders fichteliche Gründe für die Schuld des Haas nicht anzuführen. Man mag sich aber klar, wie die Situation ist, wenn das Gericht eines Tages dazu kommen muß, Haas aus der Haft zu entlassen oder ihn freizulassen. Dann erst ist der Skandal in das richtige Licht gesetzt. Alle aber, die mit dem Verdrehtum irgendwelcher Art nichts gemein haben wollen, sollten sich jetzt versagen, um dafür zu sorgen, daß die Magdeburger Mordaffäre aufs allerhöchste aufgeklärt wird. Und alle, denen der Begriff der Staatsautorität als ein Begriff missen an der Begriff der Staatsautorität mehr ist als ein Begriff, sollten anerkennen, daß es mit den köllingischen Methoden nicht geht. Wenn irgendwo, so ist hier ein Disziplinarexkurs am Platze. Es muß ermartet werden, daß das deutsche Justizministerium jetzt schnell zu den Entschlüssen kommt, die notwendig sind.

## Ludendorff und Prinz Eitel Friedrich.

Die nationalen Heroen.

Das „Berliner Tageblatt“ hat Ausgrabungen aus inneren Projektionen vorgenommen und dabei festgestellt, daß General Ludendorff sich durch eine Wahlvereinsarbeit mit dem Prinzen Eitel Friedrich von Hohenzollern ausgeschieden. Beide waren nämlich darauf besetzt, Gelder ins Ausland zu schaffen, und so gegen die Verwendung zu handeln. Die Mittelungen des „Berliner Tageblattes“ belegen, daß Ludendorff durch Verwicklung eines Dr. Borchardt das Honorar für seine Kriegserinnerungen deshalb ins Ausland bringen wollte, weil er mit einer scharfen steuerlichen Erfassung rechnete. Auf der anderen Seite rechnete Ludendorff dazu, daß ihm bei der Unfähigkeit der politischen Verhältnisse, im Hinblick auf die Stellung der Entente und auf die innere Lage möglicherweise der Aufenthalt in Deutschland unmöglich erscheinen würde. Ludendorff wollte also in dem Fall, daß er ein zweites Mal mit der blauen Kille nach Schweden gehen müßte, gleich sein, und wie die Nationalsozialisten in München, die sich jederzeit schon Schweizer Franken auszuhebeln ließen, war er der Meinung, daß Franken besser als Mark seien. Wenn auch es dem ganzen Wüder nichts geworden ist, so zeigt sich doch, daß der kommerzielle Sinn bei Ludendorff besser ausgebildet war als der politische Sinn. Wir haben einmal das Porträt Ludendorffs in neuer Beleuchtung: ein nationaler Heroe wird der Mann, der danach trachtet, schnell und so sicher wie möglich seine Gelder in Zürich anzulegen.

## Nützt die Freiheit recht!

Ein Wort an die Jugend.

GDV. Ein Mensch, der von morgens bis abends schlafen muß, um sich und seine Angehörigen zu ernähren und zu heiden, der weiß seinen Feierabend und seine bedruckte Ferienzeit zu schätzen, vielfach aber noch nicht richtig zu nützen. Nützen wir etwa unsere Freiheit, wenn wir in tauschige Gesellschaften gehen und fabe Redensarten hören und anhören? Oder wenn wir uns in unferer

Ferienzeit uns alle Tage eine gute Zigarre oder ein Gläschen Bier besonders leisten? Währlich nein! Wir werden nur überflüssigerweise unseren Haushaltsetat belasten. Freiheit könnte man, leide man in dieser Art, an Umfang und Gewicht gewinnen, aber der Mensch bleibt doch derselbe ausgelesen, abgepaante, um Freude und Widerstandskraft beraubte. Er „pflegt“ seinen Leib und verzehrt doch Körper und Geist. Zur Körperpflege gehört aber nicht nur Essen und Trinken, sondern Bewegung in frischer Luft. In seiner Berufsarbeit muß er viel Staub schlucken, seine Muskeln ungleich anspannen und sein Knorpelsystem einseitig belasten, deshalb soll er in seiner Freizeit den Ausgleich hierfür suchen. Wirklichen Gewinn wird ihm seine Freizeit nur bringen, wenn er sich ganz dem Alltag und seinen Gewohnheiten loslösen kann. Abseits von Fabri-

## Eine neue Kreditstatistik der Sparkassen.

Deutsche Sparkassen- und Giroverband auch für Ende 1925 eine Kreditstatistik der Sparkassen aufgestellt, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Danach sind von sämtlichen deutschen Sparkassen an die Landwirtschaft Kredit in Höhe von 220,8 Mill. Reichsmark gegeben (gegenüber 217,6 Mill. Ende 1924). Die Kredite an den gewerblichen Mittelstand sind von 697,1 Mill. (Ende Februar 1925 auf 1109,5 Mill. Ende 1925 gestiegen. Im Laufe des letzten Jahres zeigen somit die Kredite der Sparkassen an Landwirtschaft und Mittelstand einen Zuwachs von über einer halben Milliarde; sie betragen Anfang 1926 insgesamt 1,42 Milliarden Reichsmark, oder 59 Prozent der gesamten Einlagen der Sparkassen. Diese Kredite sind zu 72 Prozent durch hypothekarische Sicherheiten gedeckt. Die Umwandlung der hypothekarischen gesicherten Kredite in langfristige Darlehenshypotheken macht weitere Fortschritte. Bei der Landwirtschaft beträgt sich die Kreditsumme auf 230 223 Posten, im Durchschnitt stellt sich also der Einzelkredit auf 1346,6 M.-Mark beim Mittelstandsgeschäft wurden 389 731 Posten geschäft, danach beträgt die durchschnittliche Einzellumme des Kredits 2831,6 RM. Auch diese Ziffern liefern einen erneuten Beweis für die Bevorzugung des Kleinkredits durch die Sparkassen. Gegenüber einem Kreditkapital von 1,4 Milliarden nimmt sich der Betrag der Reichsbankkredite, den zu dem Berichtzeitpunkt die Sparkassen insgesamt angewiesen erhielten, in Höhe von ganzen 35, 2 Millionen recht geringfügig aus.

## Die Reichsarbeiten an der Nord- und Ostseeküste.

Erst jetzt wird ein vom preussischen Minister des Innern an den Regierungspräsidenten von Schleswig gerichteter Erlaß bekannt, der diesen auffordert, im Benehmen mit den zuständigen Polizeibehörden einen nachdrücklichen Schutz der Republikflüchter und der Reichsflüchtige Schwarzrotgold in den Nord- und Ostseeküsten sicherzustellen. Der Erlaß führt im einzelnen aus, daß in den letzten Jahren während der Abwanderung in den verlassenen Nord- und Ostseeküsten Bedrohliche peinigende Verhältnisse und sogar Gewalttätigkeiten ausgeübt worden seien, weil sie in der Öffentlichkeit, insbesondere am Strande auf den Sandbänken der Reichsflüchtigen Schwarzrotgold gezeigt hätten. Ein solcher Terror einzelner Personen, der zugleich eine schwere Verunglimpfung und unter Umständen sogar tödliche Beschimpfung der verlassenen Küsten im Jahre des Reiches bedeute, könne nicht länger geduldet werden. Der Erlaß ermahnt, im Benehmen mit den für Frage kommenden Polizeiverwaltungen alle örtlich geeigneten Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen, die eine Wiederholung solcher das deutsche Ansehen schädigender, unwürdiger Vorfälle ausschließen, und einem wirksamen Schutz derjenigen Bedrohliche dienen, die sich zur Republik und ihren Farben öffentlich bekennen.

## Demokratische Herbstschulen.

Die Deutsche demokratische Partei plant für den nächsten Herbst folgende Schulungsreisen:  
Eine mecklenburgische Herbstschule in Waren an der Müritz vom 30. September bis 3. Oktober über Wohnungs- und Siedlungsfragen. Ferner wird eine mitteldeutsche Herbstschule in Hann.-Münden vom 1. bis 4. Oktober über moderne Wirtschaftspolitik veranstaltet.

## Siedlungen in Ostpreußen.

Die demokratische Fraktion des preussischen Landtages hat an die preussische Staatsregierung die nachstehende Kleine Anfrage gerichtet:

„Bei der Verteilung des Amtsgerichtsbezirktes Ragait, die mit Rücksicht auf die nachfolgenden notwendig wurde, hat der preussische Landtag einstimmig beschlossen, die Stadt Ragait durch Siedlung an, die in ihrer Nähe stattfinden sollen, zu entschädigen, zumal eine erhebliche Bevölkerungszunahme mit Rücksicht auf die Nähe der Grenze dort besonders wichtig ist.“

Wir fragen das Staatsministerium:

1. Wieviel sind die Vorarbeiten für die Siedlungen gefördert?
2. Werden noch in diesem Jahre umfangreiche städtische und bäuerliche Siedlungen in der Nähe von Ragait erbaudet werden?

## Neue Bücher

„Gefahren und Geisteswert“ 1 000 Witz und Anekdoten von Ernst Marik, 288 Seiten, Titelbild von F. Roth-Goth, Preis gebunden 3,50 Mark. Max Heege-Verlag, Berlin SW. 15.

Die Zeiten sind ernst, die Zeiten sind schlecht. Jeder kann es sehen und spüren. Das beste Mittel gegen Sorgen ist nach Buch zu lesen. Was auch der hat seine Schattenseiten. Ich habe es im Januar mit dem Buch von Marik. In großzügiger Stimmung habe ich es zur Hand genommen und begann zu lesen. Wähele und los weiter und lasste aus vollem Halse. Und als ich endlich das Buch zuklappte, da dachte ich mir: Was Marik Roth-Goth auf dem Titelbild so glänzend dargestellt hat, was der Titel anzeigt und was das Buch so treulich hält, es nicht nichts, von Zeit zu Zeit brauchen wir etwas „Gefahren und Geisteswertes“. —t—

## Briefkasten

A. Wir verfolgen die Mordaffäre Schröder mit größter Aufmerksamkeit und werden nach Abfluß der Angelegenheit darauf zurückkommen.

**Mittwoch,**  
den 11. August, ab 5 Uhr  
im **Hohenzollernpark**

**Nationale**  
**Verleumdungsfest**  
verbunden mit  
**Sommerfest.**

---

**D. D. B.**  
Magdeburg

---

**Groß. Gartenkonzert**  
(Solist.-Orchester)

---

Festrede im Garten  
pünktlich 8 Uhr  
**Freiberg v. Richthofen**  
u. d. R.

---

Im Saal ab 9 Uhr  
**Sanz.**  
Einführung und weitere Vorträge.  
Programme an der Tageskasse.  
Gefinnungsfreunde willkommen!

ken und Großstädten, herausgehoben aus den Erinnerungen an seine Weltanschauung, muß er sich selbst und der Natur leben, um aus ihr neue Kraft und neue Freude zu schöpfen.

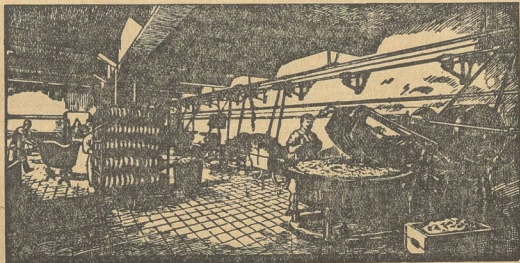
Aus dieser Erkenntnis heraus haben verschiedene Organisationen und Verbände für ihre Mitglieder Erholungsheime und Ferienorte geschaffen, die auch dem „nicht gut Gestellten“ die Möglichkeit geben, seine Ferien in landschaftlich reizvollen Gegenden in guter und abwechslungsreicher Gesellschaft zu erleben. Die Freude an der Natur ist es und die Freude am Schönen, die die gehetzten Nerven zur Ruhe kommen lassen und neue Kraft geben und die Lebensgeister nähren. Besondere Aufmerksamkeit schenkt man jetzt der Freizeit der erwerbstätigen Jugendlichen. Der Gesundheitszustand unserer Jugend rechtfertigt die größten Bedenken für die Zukunft unseres Volkes. Ungezähligte Lands- und Jugendheime, teils von Ländern und Behörden, größtenteils aber von den Jugendorganisationen selbst geschaffen, bieten vielen Tausenden der heranreifenden Jugend Gelegenheit zu billigen Aufenthalten in gesundlichen Gegenden. Der „Marquarhof“, das Freizeitheim des Jugendbundes im Gemeindefaßbunde der Angestellten in Berlin-Zehlendorf verankert in den Sommermonaten besondere Ferienwochen, die unter einer bestimmten Leitung geleitet werden sollen und so dem Jugend neben der Erholung Anregungen vermittelt, die dem beruflichen Fortkommen und ihrer Allgemeinbildung förderlich sind. So fanden bisher Wochen für „Staatsbürgerliche Bildung“, „Volksgemeinschaft in den Großstädten“, „Deutsches Volkstum“, „Kunstverständnis“, „Mittwochen“ und „Studienfahrten durch Berlin und seine Umgebung“ statt. Auch in diesem Sommer werden drei solcher Studienfahrten stattfinden und außerdem Wochen für „Körperpflege“, „Muskul und Gehirne“ (unter Leitung des bekannten Mitarbeiter von Prof. Köbe, Herr Dr. Reich), „Naturkunde“ und „Einführung in das Kunstverständnis“.

Die Einrichtung des Heimes ist geeignet, den Ferienaufenthalt wirklich vielseitig zu gestalten und ganz der Gesundheit von Körper und Geist zu leben. Kleine Ferienstunden tragen zur Hebung der Lebensfreude bei und bereichern das Seelenleben der jungen Menschen.

Andere Gruppen, soweit sie der anerkannten Jugendbewegung angehören, stellt der „Marquarhof“ gern seine Räumlichkeiten zur Verfügung, um einer möglichst großen Zahl von Jugendlichen eine wirklich nützbringende und erholende Verwendung ihrer Freizeit zu ermöglichen. Usnuß.

Unentschlossenheit ist die größte Krankheit.

# Konsum - Verein für Magdeburg u. Umgeg. E. G. m. b. H.



**Prima Hammel-Gefrierfleisch**  
Kochfleisch Pfund 80 Pfg. Braten Pfund 96 Pfg.

**Prima Rinder-Gefrierfleisch**

Rouladen . . . Pfd. 100 Pfg.	Roastbeef . . . Pfd. 80 Pfg.
Filet . . . Pfd. 100 Pfg.	Hohe Rippe . . . Pfd. 75 Pfg.
Schmorfleisch Pfd. 90 Pfg.	Kochfleisch . . . Pfd. 66 Pfg.

**Frisches Schweinefleisch**  
in allen Lagern.

**Fleisch- und Wurstwaren**  
zu den billigsten Tagespreisen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß sich unser Manufakturwarenlager nicht mehr Breiter Weg, sondern Jakobstraße 42 (Ecke Peterstraße) befindet.

## Saison - Ausverkauf!

Beginn Donnerstag, den 5. August

— Preisermäßigung wie nie zuvor! —

Besichtigen Sie bitte unsere 14 Schaufensterauslagen!

SCHULVERTRIEB  
**Rhinogold**

Otto-von-Guericke-Straße 12 Ecke Kölner Straße. Filiale Neustadt: Lübecker Straße 118, Ecke Nikolaiplatz.

## Auto-Privat-Fahrschule

Ob.-Ing. Val. Bohland

bildet Kraftfahrzeugführer aller Klassen zu kulantesten Bedingungen aus. Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing — Eintritt jeder Zeit. — Tel. 6354. Tel. 6354.

## J. BORMANN

Große Münzstraße 2  
Koffer :: Reisetaschen :: Damen-Handtaschen :: Besuchs-  
taschen :: Aktentaschen :: Rucksäcke :: Sportgürtel  
sowie andere Geschenkartikel.

Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren

B. Wolf's Eleganzkäufe  
Schwertfegerstraße 14/15.

## Salzquelle

Jeden Sonntag:

**Konzert**

Anschließend  
**Tanzkränzchen.**

Eintritt frei.

## Hohenzollern-Park.

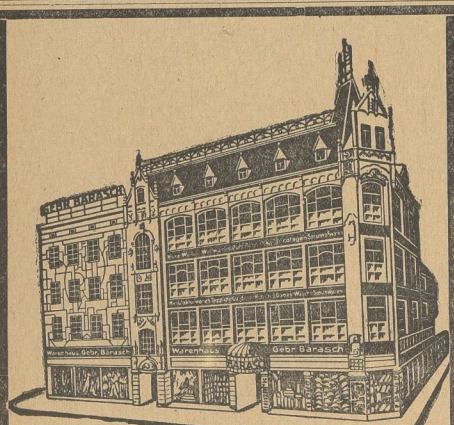
Jeden Dienstag, Mittwoch,  
Donnerstag von 4 Uhr ab

**Kaffee-Konzert**

mit

**Kleinkunst-Bühne.**

Eintritt frei. Eintritt frei.



Besuchen Sie uns bitte während der  
**Serien-Tage**  
Warenhaus  
**Gebr. Barasch**  
Wir bieten Ihnen Außergewöhnliches.

Fachmännische Ausbildung von Kraftwagenführern in der staatl. konz. Privat-  
**Auto-Schule BUSCH,**  
Prälatenstraße 32. — Fernruf 1122.  
Prosp. frel. Erleicht. Zahlungsbed. Eintr. täglich.

**Zurückgekehrt.**  
Dr. Manfred Goldstein  
Facharzt für Nervenkrankh.  
Otto v. Guerickestr. 102 (zw. Gr. Münzstr. u. Alte Ulrichstr.)

**Steinerner Tisch**  
Breiter Weg 94  
Täglich Konzert  
Mittags- u. Abendtisch  
im Abonn. 85 Pfg., Gedeck 1,—

**Parkrestaurant Vogelgsang**  
berühmt durch seinen uralten Baum-  
bestand und durch seine wunderbaren  
Affen- und Dohlen-Anlagen, die be-  
deutendsten der Provinz.  
Sonntags:  
**Gesellschafts-Ball.**  
**Subbodenholzmatzen**  
Salonjnen, Rolläden,  
Reparaturen, Reparaturmaterial.  
Jalousiefabrik Schmidt,  
gegründet 1871,  
Magdeburg, Helbigstraße 24, Tel. 922.

**Hotel u. Restaurant**  
„Weißer Bär“  
Bes. Ad. Lühnagel.

Fernruf 7100  
**In Trauerfällen**  
**Carl Ebeling**  
Hauptwache 8/9 am Altan Markt  
Schroterstr. 26, Wilhelmstadt  
**Särge** Eigene Fabrikate  
Solide Preise  
**Ueberführungen**  
m. eig. Leichenautos  
Leichenwäscherin Jeder Zeit.

**Haben Sie**  
sich schon dem  
Konsumverein Magdeburg  
angeschlossen?

**Hermann Peters**  
gegr. 1872 Magdeburg gegr. 1872  
Inhaber:  
Gustav und Albert Peters  
**Dachdeckermeister**  
Braunehirschstr. 4, Fernspr. 6670  
Ausführung  
aller Art Bedachung.

**Demokraten!**  
**Republikaner!**  
Auf den Bahnhöfen, in den  
Gasthöfen und Kaffees sowie  
bei den Zeitungverkäufern  
verlangt die  
**Mitteldeutsche**  
**Rundschau**  
Macht Freunde und Bekannte  
auf die Mitteldeutsche Rund-  
schau aufmerksam, werbet Ver-  
langt kostenlos Probehefte  
durch den Verlag Magdeburg,  
Breiter Weg 139/140.

**Denken Sie daran**  
Ihre  
**Familien-Anzeige**  
auch in unserer Zeitschrift aufzugeb.

**Meyer Michaelis**  
gegr. 1864 Magdeburg gegr. 1864  
Dr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424  
**Günstigste Bezugsquelle**  
für Sohle-, Oberleder u. sämtliche  
Schuhmacher-Verbarsartikel

## Streiflichter aus der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung. Arbeit für die Erwerbslosen.

Das unheimliche Anschwellen der Erwerbslosenziffern hätte den Magistrat veranlaßt, ein umfangreiches Programm aufzustellen, das Beschäftigungsmöglichkeiten für die Erwerbslosen vorläge. Es handelte u. a. eine Verdoppelung des Wohnungsbauprogramms von 750 auf rund 1500 Wohnungen, die Anlage von Reichsbauhöfen zur Beschäftigung von Hochwasserjährlingen, von denen unter Verrentung und auch andere Anlagen in dieser Zahl von Erwerbslosen, die Kapitalisierung der kleineren Reichsbauhöfe, wie der Künste, der faulen Renne, der Straße usw., die sich während der Hochwasserperiode in diesem Sommer zeitweise in rasender Strömung verandert hatten. Gemäß werden all diese Arbeiten nicht ausreichen, um auch nur einen wesentlichen Teil des großen Heeres der Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen, denn die große Zahl unserer Erwerbslosen, die die Durchschnittsziffer der Provinz Sachsen bei weitem übersteigt, ist in erster Linie auf das Verfallensprogramm der Magdeburger Metallindustrie zurückzuführen. Für die Metallindustrie aber größere Aufträge zu beschaffen, ist unserer Stadtverwaltung unmöglich. Zwar hat sie bei der Reichseisenbahnverwaltung und bei der Reichsregierung dringende Vorstellungen erhoben, auch die Magdeburger Industrie bei Vergebung der beschlossenen großen Arbeiten und Lieferungen zu berücksichtigen. Wie weit dieser Appell aber Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Über die Notwendigkeit der Beschaffung von Arbeit besteht in der Versammlung volle Einmütigkeit, nachdem der demokratische Sprecher Stadtm. B. d. d. den Antrag des Ma-

gistrats wärmstens empfohlen hatte. Die Kommunisten betrachteten aber die Angelegenheit als günstige Gelegenheit, für sich wieder einmal die Reklametrommel zu rühren und hielten stundenlange Reden, deren innerer Gehalt in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Länge stand. Ihre Freunde auf den Tribünen unterstützten sie dabei nach Kräften durch Zwischenrufe, so daß sich der Vorsitzende zum ersten Mal in seiner Amtszeitigkeit genötigt sah, die Redebühnen unter den Tribünenbesuchern aus dem Saale zu verweisen.

Einen Stichpunkt wies die Aussprache insofern auf, als Oberbürgermeister B. beim der Vermittlung mitteilen konnte, daß mit den Arbeiten bei der Fortführung des Mittelstandsplans über Magdeburg hinaus bis zum Planer Schiffsbaubeginn im Anfang Oktober begonnen werden soll. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Magistrats wurde im übrigen genehmigt.

Die Sitzung selbst hatte insofern eine vielversprechende Einleitung genommen, als vorher eine Abstimmung von Erwerbslosen die Zuzulassung zu den Beratungen verlangte, um ihre Wünsche vertreten zu können. Diesem Verlangen konnte natürlich nicht entsprochen werden, weil erstens die Abstimmung kaum als die legitimierte Vertretung der Magdeburger Erwerbslosen angesehen werden konnte und dann auch, weil nach den Bestimmungen der Städteordnung die Teilnahme anderer Gruppen an den Beratungen der städtischen Körperschaften unzulässig ist.

Magdeburg. (Schwindel.) Auf Veranlassung des Gaues Magdeburg des Stahlhelms wurde in der Presse veröffentlicht, daß ein Stahlhelmsmitglied in der Nacht vom 28. zum 29. Juni 1926 von 10 Kommunisten überfallen und über das Gelände der Holzbrücke in die Alte Elbe geworfen worden sei. Das Stahlhelmsmitglied habe sich durch Schwimmen nach dem Plontiergelände gerettet.

Es handelt sich um den Kaufmann Fritz Rißhölke aus Magdeburg, der nach den polizeilichen Feststellungen aus seinen eigenen Angaben in der fraglichen Nacht im ungetrunkenen Zustande von einer auswärtigen Gesellschaft kam. Wie angegeben, sollen ihn etwa 10 Personen überfallen und ins Wasser geworfen haben. Er will zu seiner Rettung von der nördlichen Seite der Holzbrücke unter sei hindurch zum rechten Ufer, etwa 70 Meter weit gegen den stark hochwasserführenden Strom geschwommen sein. Da eine solche Leistung unmöglich ist, zumal Rißhölke trotz des Ueberfalls und Schwimmens noch seine Identität rettete und sich bei der Gegenüberstellung etworiger Täter auffindend ausweichend benahm, muß fest stehen, wie das Polizeipräsidium mittels feststellte, daß der Ueberfall fingiert und die Mitteilung des Stahlhelms die Folge einer unwahren Anzeige ist.

Ein gerichtliches Verfahren wird die Angelegenheit noch weiter aufklären.

Der Parteitag der Wirtschaftspartei. Die „Magdeburger Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 4. August (390) über den Parteitag der Wirtschaftspartei: Beim besten Willen wird man also nicht sagen können, daß der Parteitag der Wirtschaftspartei zur Klärung irgendeiner wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Frage beigetragen hat. Man sucht sogar vergeblich nach einem neuen Wort, nach einer neuen Geste. Die Befürchtung liegt nahe, daß das Parteiprogramm, wenn es herauskommt, auch nicht mehr sagt als der Parteitag.

### Deutsche Demokratische Jugend Magdeburg.

- August-Programm.
- Mittwoch, den 11. Aug., nachmittags 5 Uhr, im Hohenzollernpark: Versammlung des D. D. J. Ergehen jedes Einzelnen ist Pflicht.
  - Freitag, den 13. Aug., abends 8 Uhr, im Franke-Jugendheim: Sport-Abend.
  - Freitag, den 20. Aug., abends 8 Uhr, im Franke-Jugendheim: Reich-Lier-Gedächtnis-Abend.
  - Freitag, den 21. Aug., abends 8 Uhr, im Franke-Jugendheim: Essen am Hauptbahnhof Eingang Klinker. Fahrt nach Goslar zur Naumann-Fest.
  - Sonntag, den 22. Aug., abends 8 Uhr, im Franke-Jugendheim: Näheres wird am Freitag, d. 20. Aug., bekanntgegeben.
  - Freitag, den 27. Aug., abends 8 Uhr, im Franke-Jugendheim: Sport-Abend.

### Bezirk Halle.

Halle. Alle Mitglieder und Freunde machen wir hiermit auf unsere am Sonntag, den 14. August, im Neumarkt-Schützenhaus stattfindende Versammlungsfeier aufmerksam. Mit der Feier ist ein Sommerfest verbunden, das nachmittags 4 Uhr in dem herrlichen Garten des Neumarkt-Schützenhauses seinen Anfang nimmt. Die Festleitung hat für ein sehr gutes Konzert Sorge getragen. Für die Kinder werden Spiele mit Preisverteilung veranstaltet. Abends folgt ein Fackelzug. Für die Erwerbslosen sind Besichtigungen und andere Unter-

### Parteinachrichten.

#### Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geschäftsführender Ausschuss). Sitzung am Donnerstag den 16. August, abends 7 1/2 Uhr, in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammkreis). Die nächste Zusammenkunft findet am Dienstag, den 17. August, abends 8 Uhr im Hotel „Weißer Bär“, WeinstraÙe 6, statt. Die Mitglieder der D. D. P. werden gebeten, sich am Stammtisch zu beteiligen.

Magdeburg. Die Deutsche Demokratische Partei veranfaßt am kommenden Mittwoch, den 11. August d. J., in den Räumen des „Hohenzollernpark“ eine Besammlungsfeier, verbunden mit Sommerfest, zu der unsere Leser sowie deren Annerwandte freundlichst eingeladen sind. Die Anhänger der Demokratischen Partei werden gebeten, zahlreich an dieser Feier teilzunehmen. Die Parteileitung hat ein sehr umfangreiches Programm zusammengestellt. Nachmittags 5 Uhr großes Gartenkonzert, ausgeführt vom Schützenpark. Gegen 8 Uhr wird Herr Reichstagsabgeordneter Freischer von Rißhölke die Festrede halten. Im großen Saal beginnt ab 9 Uhr Tanz. Die Tanzpausen sind angefüllt mit Gesangsveranstaltungen des Magdeburger Opern-Quartets. Programme sind in unserer Expedition Breitenweg 139-140 sowie am Mittelweg, den 11. August d. J., ab 4 Uhr im Hohenzollernpark erhältlich.

Magdeburg. Auf Grund der Beamtenbeschäftigungsverordnung vom 11. 2. 1924 und des Preussischen Beamtenbeschäftigungsgesetzes vom 27. 3. 1924 bietet sich abgebauten Beamten Gelegenheit, unter Verrentung eines Teiles ihrer Ruhegehaltsbezüge, sowie unter Inanspruchnahme niedrig verzinslicher Zinsrenten (6 Prozent) ein Eigenheim zu erwerben.

In Magdeburg sind inzwischen am Schroteanger durch die Mitteldeutsche Heimstätte G. m. b. H. Magdeburg, Wilhelm Raabstr. 5, eine Reihe von Wohnungen errichtet worden, die sofort an abgebaute Beamte, gegebenenfalls auch an andere Bewerber, die über angemessene Eigenmittel verfügen, abgegeben werden können.

Es empfiehlt sich, diesbezügliche Anfragen an die Mitteldeutsche Heimstätte, G. m. b. H. Magdeburg, Wilhelm Raabstr. 5, oder an Herrn Oberpostsekretär Bertinetti, Magdeburg, Hindenburgstr. 25, zu richten.

## D. D. P. Halle.

Vergessen Sie nicht, daß am



## Berufungsfeier

verbunden mit einem Sommerfest stattfindet.

Die Berufsfeier wird der Demokratische Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer.

Beachten Sie die näheren Angaben in dieser Nr. des „P. W.“!

vom Reichsministerium des Innern bezeichneten kirchlichen Stellen, Jugendwohlfahrt, Lehrers- und Volksbildungsvereinigungen antragsberechtigt sein.

Ohne die Bedeutung der hier als antragsberechtigten genannten Stellen und ihre leistungsfähige Arbeit zu verkennen, erscheint es doch äußerst bedenklich, ihnen ein Antragsrecht zu geben. Die antragsberechtigten Stellen müssen möglichst begrenzt werden und müssen auf Landeszentralbehörden und Landesjugendämtern beschränkt bleiben. Das erscheint umso unbedenklicher, als die weiteren, in erster Linie mit Antragsrecht ausgestatteten Stellen umfangreiche Gelegenheit haben, bei den Landeszentralbehörden und den Landesjugendämtern ihre Auffassungen zu vertreten.

4. Die Entscheidungen sind nach § 2 Absatz 3 von dem Reichsministerium des Innern öffentlich bekannt zu machen. Die Vorchrift erscheint ungemäßig. Der Reichsminister des Innern wird hier verpflichtet zu einer Bekanntgabe von Entscheidungen, auf die er selbst ohne Einspruch ist. Er erscheint richtig, die Bekanntmachungen durch den Vorsitzenden der Oberprüfstelle geschehen zu lassen.

5. Zusammenfassung der Prüfstellen. Es sind statt vier je sechs Mitglieder neben dem Vorsitzenden gewinnigt worden.

Die Erhöhung der Zahl auf sechs erscheint erträglich, aber es muß dann zum Ausgleich die Bestimmung aufgenommen werden, daß die Entscheidung der Prüfstellen darüber, ob eine Schrift auf die Liste gesetzt werden soll, mit qualifizierter Mehrheit (fünf zu zwei) getroffen werden muß. Einstimmigkeit vorausgesetzt, ist gefährlich, weil es dann in der Hand eines einzelnen, vielfach nicht uninteressierten Mitgliedes liegen könnte, die gewünschte Wirkung zu vereiteln.

Die in erster Lesung beschlossene Vorchrift, nach der

in der dritten oder vierten Gruppe der Mitglieder der Prüfstellen auch Vertreter der Körperschaften des öffentlichen Rechts nach Artikel 137 der Reichsverfassung zu berücksichtigen sind, erscheint in dieser Form bedenklich, weil sie sich in der Praxis zum Teil kaum durchführen lassen wird. Wohl aber scheint die Fassung dieses Teiles von § 3 wie folgt veränderbar: Die oberste Landesbehörde ernannt auf Grund von Vorschlägen der beteiligten Verbände von jeder dieser Gruppen auf drei Jahre eine Anzahl kassenspezifische und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Vertreter der Körperschaften des öffentlichen Rechts nach Artikel 137 der Reichsverfassung.

6. Die Frage, ob Landesprüfstellen oder nur eine Reichsprüfungsstelle zu errichten sind. Ohne das Zugeständnis der Landesprüfstellen wird das Gesetz im Reichsrat keine Mehrheit erhalten. Es erscheint aber auch sonst zweckmäßig, die im Laufe der Zeit sicherlich außerordentlich erhebliche Arbeit nicht allein in einer Reichsinstanzstelle zusammenzulassen lassen. Auch vom Standpunkt der Schaffung eines Instanzenzuges für die von den Reichsinstanzen Betroffenen scheint es geboten, in den Landesprüfstellen eine erste und in der Reichsprüfstelle eine zweite Instanz zu schaffen.

7. Anerkennung der von Volksbildungsverbänden früher aufgestellten Schulstellen. Die in erster Lesung beschlossene Fassung des § 7 erscheint für die Regierung annehmbar. Wenn auch andererseits doch nicht zu verkennen, daß die von den Volksbildungsverbänden früher aufgestellten Listen von Schulstellen zum Teil unter ganz anderen Voraussetzungen aufgestellt sind, als sie jetzt gefordert werden und daß es zweckmäßig erscheint, auch diese Listen auf ihre Bedenklichkeit oder Unbedenklichkeit einer Nachprüfung zu unterziehen.

## Schutz der Jugend vor Schmutz und Schund.

### Erklärung des Reichsinnenministers Dr. Küll.

Im Bildungsausschuß des Reichstages sagte Reichsinnenminister Dr. Küll seine Stellungnahme zu den Ergebnissen der ersten Lesung in folgenden Ausführungen zusammen.

Die Punkte, die nach der ersten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund und Schmutzschiffen in den Mittelpunkt der Erörterung erüdt sind, sind folgende:

1. Ausdehnung des Gesetzes auf Erwachsene. Falls vom Ausschuß die Ausdehnung des Gesetzes auf Erwachsene beschlossen werden sollte, würde die Regierung genötigt sehen, ihren Entwurf zurückzugeben. Der Entwurf beruht auf Artikel 118 der Verfassung und dient ausgedehntermaßen lediglich dem Schutze der Jugend. Das Gesetz müßte eine völlig andere Gestalt bekommen, wenn diese Grundlage verlassen und das Gesetz auch die Erwachsenen einbezogen werden sollten.

2. Eine Definition von Schmutz und Schund. Der Begriff: Schund und Schmutz in der literarisch ist objektiv nicht begrenztbar; es spielen hierfür literarisch ästhetische Momente mit, die sich in gelegentlich sehr Form nicht fassen lassen. Es erscheint deswegen zweckmäßig, die Herausfindung des Begriffes der Regierung überlassen. Bedenken hiergegen bestehen umso weniger, als die im Gesetz vorgesehene Prüfstelle in ihrer Zusammenfassung die Gewähr geben, daß keine einseitige Begriffsbestimmung sich herausbilde.

3. Die Zahl der Antragsberechtigten. Nach dem Ergebnis der ersten Lesung sollen neben den Landeszentralbehörden und Landesjugendämtern auch die

haltungen vorgehen. Die Festspre zur Verfassungsfeier hält der demokratische Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer. Herr Lemmer ist ein hervorragender Führer der demokratischen Jugend und Vertreter des hannoverschen Reichstagswahlkreises. Man wird ihn in Halle gemißgen, zumal bei der Feier des Gedankens der Verfassung der deutschen Republik, hören. Vor der Rede auf die Verfassung und im Anschluß an dieselbe werden Gesänge und Instrumental-Vorträge gehalten werden. Anschließend folgt Tanz. Die Festspre bittet alle Mitglieder und Freunde, um zahlreiche Beteiligung und auch um Werbung von Gefinnungsfreunden für den Besuch unseres Festes. In der Woche vor dem Fest wird auf die Feier durch andere bekannte Blätter an den Ansehlichkeit hingewiesen werden. Eine besondere Bitte der Festspre ergibt dahin, daß Mitglieder und Freunde die Lösung der Festkarten nicht bis zum letzten

**Bestellungen auf den**

**„Politischen Wegweiser“**

(Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland) nimmt jede Postanstalt und auch die Geschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei in Halle (Saale), Leipziger Straße 21, entgegen. Bezugsgebühr monatlich 55 Pfg. zuzüglich 6 Pfg. Bestellgeld.

Tage aufschieben, sondern sich die Karten vorher entweder in der Buchhandlung von A. Simonsohn, Gr. Steinstr. 54-55, oder in der Parteigeschäftsstelle, Leipzigerstr. 21, besorgen. Die Festkarte für Erwachsene kostet 60 P., Kinder haben freien Eintritt. Auch um Zuwendung von Gegenständen für die Verlobung bittet die Festspre. Alles ist vorzüglich in der Parteigeschäftsstelle abzugeben. Also auf zu gutem Gelingen!

**Halle.** Die Verfassungsfeier am 11. August 1926, veranstaltet vom Reichstagen „Schwarz-Rot-Gold“, Ortsgruppe Halle (Saale), findet unter Beteiligung der drei Verfassungsparteien wie folgt statt: 8 Uhr ab Gewerkschaftshaus Festzug durch die Stadt zum Volkspark. 9 Uhr im großen Saal des Volksparks 1. Begrüßung, 2. Theateraufführung: a) Vorprogramm, b) Die Vaterlandsliden von A. Leonhardt, c) Musikstück: Ich hab' einen Kameraden, d) Nachspiel, e) Gemeiner Gesang des Reichsbannerliedes, 3. Festansprache. Pause. Geistesheilbesammlungen mit Tanz. Die Mitglieder der Verfassungsparteien werden um Beteiligung gebeten.

**Bitterfeld.** Die Gau-Verfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold findet hier am 7. und 8. August statt. Am Sonnabend, den 7., abends 8 Uhr bewegt sich ein Zug durch die Festwiese. Bei dem Kommen im „Bürgergarten“ hält der 2. Gauvorsitzende, Kamerad Kenter, die Begrüßungsansprache. Sonntag, den 8. August: Nach dem Beden Empfang der auswärtigen Kameraden. Kranzniederlegung am Kriegsgedenkmal. Umzug durch die Stadt nach der Festwiese. Festspre Staatsminister Dr. Schreier. Anschließend Volksbelustigungen auf der Festwiese. Nach Eintritt der Dunkelheit großes Brillantfeuerwerk.

**Halle.** Die Kameraden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die sich am Sonntag, den 8. August, an der gemeinsamen Fahrt zur Gau-Verfassungsfeier nach Bitterfeld beteiligen wollen, treffen sich früh 7 Uhr am Hauptbahnhof. Abfahrt um dort 7 Uhr 13 Minuten. Rückfahrt von Bitterfeld nach Halle abends 11 Uhr 20 Minuten.

**Aus Parlamenten und Parteien**

**Politik im Handwerk.**

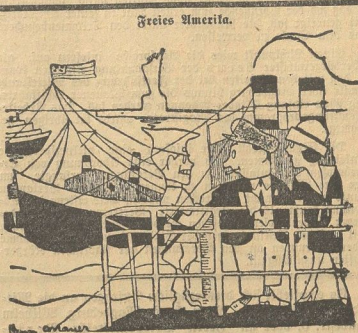
**Gefährliche Bestrebungen.**

Seit einiger Zeit sind Bestrebungen im Gange, die darauf hinauslaufen, eine einzige Handwerkerpartei zu gründen. Der demokratische Landtagsabgeordnete Ehrenobermeister Wilhelm Knieß hat zu dieser Frage Stellung genommen und führt u. a. aus, daß nicht die Parteien das Handwerk verlassen haben, sondern das Handwerk hat die Parteien verlassen. „Es wird keine Partei geben, die nur in einseitiger Form Handwerkerinteressen vertritt, keine Handwerkerpartei, die im Handwerk durch seine Verbandsorganisationen geregelt werden müssen; alle anderen sind Fragen, welche das übrige Volk mit interessieren, und da kann es keine Partei geben, die staatsrechtlich denkt, welche etwas erreichen will, insbesondere wenn es sich um die Beschäftigung, die es verdient, sichern will, soll es in die bestehenden Parteien hineingehen und dort mitarbeiten. Die launen Burenden der geschäftlichen Schädigung läßt sich nicht gelten, weil sein Handwerk verliert, hat seine Arbeit zu erwarten, ganz gleich, welcher Partei er angehört. Es ist ja auch nicht notwendig, daß man sein politisches Glaubensbekenntnis nun bei jeder Gelegenheit hinausposaunt, das wirkt oft sehr übel; aber daß man als Mann einer politischen Partei angehören muß, muß eigentlich Pflicht sein. Wenn dieses der Fall ist, dann wird auch seitens der Parteien dem Handwerk mehr Beachtung geschenkt werden. Wer jaht, hat

auch etwas zu sagen. Das wird immer so bleiben. Deshalb: Sine in die Parteien und keine Verneinung der Parteien, was nur neue Zerplitterung im Volke bedeutet.“

**Zur Abklärung Hellpachs in Frankfurt a. M.**

Eine merkwürdige Indiskretion. Der durchaus alleinlebende Fall, daß das negative Abstimmungsresultat der Fakultätenverhandlung auf einer deutschen Universität in die Öffentlichkeit gelangt ist, hat in akademischen Kreisen Erstaunen und Befremden hervorgerufen. Die Verurteilung ist um so größer, als die Universitäten bisher streng auf die Wahrung der Indiskretion bedacht waren. Es ist zwar noch nicht ersichtlich, wer diese Indiskretion verursacht hat, im höchsten Maße auffallend ist jedoch ihre fast amtlich wirkende Sittlichkeit. Weiterhin muß bedacht werden, daß diese Indis-



„Sind Sie frei von ansteckenden Krankheiten? Haben Sie keinen Alkohol bei sich? Sind Sie landesamtlich getraut? Sind Sie Nicht-Darwinist? Haben Sie nichts von Boccaccio gelesen? Dann dürfen Sie an Land gehen.“ „Wir werden lieber wieder zurückfahren.“ (Deure - Paris)

frektion eine offensichtliche Spitze gegen den preussischen Kultusminister Prof. Dr. Becker und gegen den ehemaligen badischen Finanzminister Professor Dr. Hellpach enthält.

Professor Hellpach legt seinemorts Wert auf die Feststellung, daß die Frage eines Rufes an die Universität Frankfurt mit ihm weder von Minister Beder noch von irgendeinem Mitglied der preussischen Unterrichtsverwaltung oder Universität oder der Stadtverwaltung Frankfurt a. M. jemals erörtert worden ist. In einer Unterredung, die kürzlich zwischen Beder und Hellpach stattfand, ist diese Frage mit keiner Silbe berührt worden. Es handelt sich jedenfalls bei der Indiskretion um einen einzig dastehenden Fall von Vertrauensbruch, der geeignet ist, die moralische Grundlage des heutigen Berufsverfahrens an den deutschen Hochschulen auf das schwerste zu erschüttern.

**Wirts „Republikanische Union“.**

**Eine Weigerung von Crelenz.**

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Anton Crelenz schreibt in der „Silke“:

Der Aufruf Wirts zur Bildung einer republikanischen Union ist ein unbedachtliches Gegenstück gegen den Aufruf Gaus zur Bildung einer Arbeitergemeinschaft der Redten. Vom Standpunkte der Vinten aus gesehen, ist die Aktion Wirts-Haas-Löbe keineswegs eine gegen rechts gerichtete Offensive, im Gegenteil, sie soll dem Jersfall einer regierungsfähigen Vinten entgegenwirken oder vorbeugen. Sie ist also eine Defensiv. Unverküßelt gesagt heißt das: in der Sozialdemokratie sollen die Elemente, die Politik machen wollen, gestärkt werden gegenüber denen, die nur Agitation betreiben wollen. Wenn auch gewiß im Zentrum und vereinzelt auch bei den Demokraten Kreise sind, die die Meinung vertreten, die Republik sei in Geist und Form so stark, daß man sich nicht mehr besonders um ihr Banner zu scheren brauche, und wenn deshalb das Vorgehen Wirts-Haas-Löbe zum Teil auch diesen Kreisen gilt, so ist es keine Frage, daß es sich hauptsächlich gegen die zurzeit vorherrschenden Tendenzen in der Sozialdemokratie richtet.

**Die Demokratische Partei zum Tode von Mathilde Rathmann.**

Der Hauptvorsitz der Deutschen Demokratischen Partei (Koch, Crelenz, Fischer) hat an die Familie Frau Andreae das nachstehende Telegramm gerichtet: „Der Tod Ihrer von uns hochgeachteten Mutter läßt die trauerreichen Ereignisse des Jahres 1922, unter denen sie so schwer leiden mußte, wieder vor aller Augen stehen. Die Würde, mit der die nun Verlebte den letzten Abend an ihrem großen Sohn trug, hat ihr die höchste Ehre des ganzen Volkes gewonnen. In der Herausgabe der Briefe

ihres Sohnes, die sie vollenden konnte, hat sie ihm und sich ein bleibendes Denkmal gesetzt. Die Deutsche Demokratische Partei gedenkt der ehrwürdigen Frau in tiefer Ehrerbietung und spricht Ihnen herzlich Teilnahme aus.

**Die bayerischen Jungdemokraten zur Landtagsfrage.**

Der Vorstand des Jungdemokratischen Verbandes in Bayern hat in seiner letzten Sitzung zur Frage der Landtagsfrage nachstehende Entschlossenheit einstimmig angenommen: „Durchdrungen von der Erkenntnis der hohen Bedeutung einer möglichst hochstehenden Volksschule im Volkshochschulwesen als Voraussetzung der Volkshochschulbildung in Bayern fordert der Jungdemokratische Verband in Bayern die Landesparlamentarier, Freunde des Volkes und des Volkshochschulwesens, ihre ganze Kraft und ihren vollen Einsatz dahin geltend zu machen, daß die Landtagsparlamentarier alsbald einer höheren Entwicklungs- und Leistungsmöglichkeit zugeführt wird. Insbesondere fordern wir für sämtliche wie ländliche Schulen völlig gleiche Unterrichtszeit (Aufhebung der Sommerpause, Einführung des 8. Schuljahres), Maßnahmen zur Herbeiführung der Bodenständigkeit der Landwirte, Hebung der städtischen Fortbildungsschule und Förderung aller Volkshochschulbestrebungen des Landes, sowie Einrichtung der für Stadt und Land unumgänglich nötigen Aufbauschule.“

**Veränderung der Gerichtskosten und Rechtsanwaltsgebühren.**

Der Reichsjustizminister hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die Gerichtskosten und die Gebühren der Rechtsanwälte vorgelegt. Gegenwärtig sind für die Gerichts- und Anwaltsgebühren die Bestimmungen vom 13. 12. 1923 maßgebend. Nach dieser Verordnung belaufen sich bei Streitwerten über 50 000 Reichsmark die Gerichtsgebühren auf etwa das Doppelte und bei Streitwerten über 100 000 Reichsmark die Anwaltsgebühren auf das Fünffache der Vorkriegssätze. Gegenwärtig sind nach dieser Verordnung die niederen Streitwerte möglichst gering belastet worden. Die höheren Streitwerte mußten deshalb mehr belastet werden. Die Erfahrung der verfloßenen zwei Jahre hat indessen gezeigt, daß man bei diesem Ausgleich zu weit gegangen ist und bei der Belastung der hohen Objekte die Grenze dessen überschritten hat, was auf die Dauer für die Rechtsfindung erträglich ist. In der Begründung, die die Reichsregierung dem Reichstag mitteilt, wird ausgeführt, daß das aus weiten Kreisen erhobene dringende Verlangen, die mit der Rechtsverfolgung verbundenen Gesamtkosten namentlich in den höheren Streitverläufen herabzusetzen, als berechtigt anerkannt werden muß. Der vorliegende Gesetzesentwurf jährt dieser Forderung in dem durch die gegenwärtigen Verhältnisse bedingten Ausmaße Rechnung zu tragen.

Mangels einer sonstigen, irgend greifbaren Grundlage, wird nach Aufhebung der Reichsgerichtsordnung zumeist auf den Gebührensatz der Vorkriegszeit zurückgegriffen sein. Einerseits läßt es die finanzielle Lage der Länder als ausgeschlossen erscheinen, etwa unter diese Sätze heranzureichen, andererseits haben die jahrelangen Erfahrungen, die mit dem Tarife des alten Gerichtsostengesetzes gemacht sind, ergeben, daß die dort ausgemessenen Sätze die Rechtsfindung nicht über Gebühr belasten. Die geringfügigen Abweichungen, die der Entwurf der Regierungsvorlage gegenüber dem der Vorkriegszeit aufweisen, bestehen darin, daß es der Entwurf in den untersten Wertstufen bei den augenblicklichen, hinter den Sätzen der Vorkriegszeit zurückbleibenden Gebühren beläßt, und als Ausgleich eine etwas stärkere Belastung der Streitwerte zwischen 5 000 und 20 000 Mark vorzieht. Der Reichstag hat mit Rücksicht auf die Finanzlage der Länder diesem Teile der Regierungsvorlage die Zustimmung verweigert. Bei den Anwaltsgebühren erscheint es der Regierung nicht nötig, in dem aufzufüllenden neuen Tarife so nahe an die Sätze der Vorkriegszeit heranzugehen, wie bei den Gerichtsgebühren. Der Entwurf sieht ungefähr die Mittellinie zwischen den geltenden Tariffätzen und denen der Vorkriegszeit zu halten.

**Soziales**

**Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit.**

Wie mitgeteilt wird, ist die Zahl der männlichen Unterstützungsempfänger, die am 1. Juli 1 408 000 betrug, am 15. Juli auf 1 383 000 zurückgegangen. Die Zahl der weiblichen Unterstützungsempfänger ist dagegen auch in der Zeit vom 1. bis zum 15. Juli leicht gestiegen und zwar von 382 600 auf 395 200. Insgesamt ist die Zahl der Erwerbslosen von 1 741 000 auf 1 718 000 gleich 1,3 v. H. zurückgegangen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist von 1 278 000 auf 1 208 000 gesunken. In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß die Zahlen für Ende Juli noch eine erhebliche Senkung bringen werden, da erwartet wird, daß sich bis dahin die getroffenen Maßnahmen zum Teil bereits auswirken werden, und da weiterhin die Arbeitsmarktlage, im besonderen aus der Landwirtschaft, der chemischen Industrie, der Textilindustrie und zum Teil auch der Metallindustrie ein etwas günstigeres Bild zeigen.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag: Hugo Wiers (Hilf. Stg.), Delfisch. Druck: Buchdruckerei Hugo Wiers (Hilf. Stg.), Delfisch.

**Nationale Verfassungsfeier verbunden mit Sommerfest**

Mittwoch, den 11. August, nachm. 5 Uhr, im Hohenzollernpark.

Festspre: Freiherr von Richthofen M. d. R.

Programme sind erhältlich: Bei den Vorstandmitgliedern, in der Geschäftsstelle Breiter Weg 139/140, sowie an der Abendkasse.

D. D. P. Magdeburg.

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 32

Halle (S.), 7. August 1926

2. Jahrgang

## Zwischen Locarno und Genf.

Die voreilige Illumination — Ein zu weiter Weg — Brasiliens Vetorecht — Polnischer Rückzug — Spaniens Anspruch — Die Aufgaben des Völkerbundes — Der bulgarisch-serbische Konflikt — Das Abrüstungsproblem — Briands Neuerung — Für Ausbau von Locarno — Engere Wirtschaftsverflechtung — Der deutsche Zollverein — Stresemanns Außenpolitik — Die Deutschnationalen — Wirths zweite Parole — Ablehnung auf allen Seiten — Magdeburg — Der Verfassungstag — Einigkeit und Treue.

Der Weg von dem kleinen Testinstituten zu der großen Stadt San Jacques Rouffes ist weiter, als man angenommen hatte, damals, in jener Sockstimmung, die nach dem Abschluß des Sicherheitspaktes sich aller beteiligten Völker bemächtigte. Voreilig illuminierte die Straße Madonna del Sasso das Wort Frieden. Locarno und Genf liegen im selben Staat, und zwar in einem der kleinsten Europas. Wie konnte man damals annehmen, daß gut ein Jahr vergehen würde, ehe diese Straße zurückgelegt sein würde. Und doch wissen wir auch heute noch nicht, ob es diesmal gelingt, die Genfer Tagung erteulich abzuschließen und den allen Erdteilen vor neuer Erschütterung zu bewahren. Sie nähert man die Dinge prüft, um so weniger hat man Enttäuschungen zu fürchten. Was im März einer Verständigung entgegenstand, ist auch heute noch nicht völlig überwunden. Darüber muß man sich klar sein, auch wenn man die Hoffnung hegen kann, daß eine Einigungsformel gefunden wird. Zunächst ist zwar Brasiliens seinen Austritt erklärt, aber die Räumung ist nicht fruchtlos, sondern den Statuten entsprechend an die lange Zeit von zwei Jahren gebunden. Niemand kann einen schmolenden Staat zwingen, weiter mitzuarbeiten, oder eben so wenig ihn hindern, zu laborieren, namentlich, wenn er, wie Brasilien, bei Beginn der Tagung noch über seinen nicht ständigen Status und damit über ein Veto verfügt. Auch ist Herr Weiss Franco in der Lage, durch ein kleines Wörtchen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unmöglich zu machen.

Allerdings sehr groß ist diese Wahrscheinlichkeit nicht, denn Brasilien wird von keinem Recht Gebrauch machen, das ohnehin am Ende des Jahres abläuft und jede Aussicht auf spätere Verhängung endgültig bedroht. Die Aufnahme Deutschlands kann vermutlich erfolgen, aber damit ist die Frage nicht entschieden, ob der Völkerbund einer Weiterentwicklung fähig ist, oder bereits Zeichen nahenden Verfalls aufweist. Nicht der Punkt 11, der sich auf das Reich bezieht, sondern der nächste bildet die gefährliche Klippe. Es ist die Reform des Rates. Gleisige Arbeit des Ausschusses hat Reformvorschlüsse unterbreitet, die zweifellos eine gewisse Geschicklichkeit in der Umgehung von Schwierigkeiten verraten, aber nur durchführbar sind, wenn guter Wille die eigenen Wünsche zurückstellt. Und das ist zweifelhaft. Spanien wie Polen haben ihre Ansprüche noch einmal in den letzten Tagen angemeldet. Herr Jalesski hat allerdings schon die Rückzugslinie gefunden. Wenn Warschau nicht seinen Willen durchsetzen kann, wird es sich mit einer Ablasszahlung begnügen, am später vielleicht einmal mehr zu bekommen. Eine sehr vernünftige Politik, die keine Aussichten verschüttet und aus der Gegenwart herausloht, was aus ihr herauszuholen ist. Bedenkenlicher liegen aber die Dinge, soweit es sich um Spanien handelt. Daß es als gleichberechtigte Großmacht anerkannt werden will, ist kein gutes Recht, das gerade wir am allerwenigsten befechten. Schon aus Dankbarkeit für die christliche Kontraktarbeit während des Krieges, in der sich um manche stammerwundenen Kämpfer hätten spiegeln können. Aber kann man annehmen, daß die Entschloßung den Madrid-Sonjungen entspricht. Eine Räumung von dieser Seite wäre schmerzhaft, weil es sich um einen europäischen Großakt handelt, während wir das Aussehen Brasiliens, dessen Interessen doch einmal in Pan-America münden, gleichgültiger ertragen würden.

Der Völkerbund muß aber, sobald er diese Krise überwunden hat, erst einmal seine Daseinsberechtigung und Daseinsfähigkeit beweisen. Aufgaben werden vermutlich nicht fehlen. Nicht nur die ungezählten Konflikte kleinerer Art, sondern wirkliche Probleme. Selbst ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen Bulgarien und Jugoslawien, der wenigstens in aufgeregten Meldungen angekündigt wird, ließe sich von den Nachmitteln, die Genf zu Gebote stehen, wie z. B. ein finanzieller Popst, durchaus besänftigen. Schlimmer liegen sind die großen Finanzprobleme Ostereichs und Ungarns. Das Wichtigste aber bleibt die Reform selbst, und zwar nicht die des Rates, die insolge der Märzereignisse Zwang wurde, sondern der ganzen Institution überhaupt. Wenn der Völkerbund mehr als ein Parlament sein will, das an Bedeutungslösung noch den alten Reichstag übertrifft, so muß es sich vollkommen umstellen und auch vor weitgehenden Beschlüssen nicht zurückweichen. Es muß die Exekutiv schaffen, um auch Beschlüssen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Dazu aber ist vor allem die Abrüstung nötig. Millionen Deere kann man von Genf aus nicht kommandieren. Man kann auch

keine Sanktionen vornehmen gegen Staaten, die bis an die Zähne bewaffnet sind, sonst bedeutet das lediglich einen neuen Weltkrieg. Nach einer Abrüstung aber könnte sehr wohl ein Bundesheer entstehen.

Und diese Abrüstung liegt durchaus im eigensten Interesse Europas. Beruhsen kämpfen verschiedene Staaten jetzt gegen ihren Währungszerfall an, ohne jener Herr werden zu können. Zum mindesten zweifelhaft bleibt es, ob die richtungslosen Maßnahmen der belgischen Regierung auf Grund ihres Ermächtigungsgesetzes vollen Erfolg versprechen. Aber sie sind immer noch ausfichtreicher als die französischen, die vor allem an innerer Zweipfichtigkeit krankten. Was Polinare vorschlug, und die Kammer hat ihm die Gefügigkeit gestiftet, die sie Cailleur und de Monzie hervorgerufen, macht keinen überwältigenden Eindruck. Mit Steuer allein fällt man keine Käse, am allerwenigsten in einer Inflationsspitze. Diese Erfahrungen könnten von den Franzosen billig abgelesen. In Wirklichkeit sind einzelne Gesetze sogar eine verheerende neue Inflation. Kopf steigt der Krante, wie das Thema mehr in diesen Sommeragen, aber Verlaß ist darauf nicht und der Rückschlag könnte recht erheblich werden. Ohne Hilfe des Auslandes wird keiner der europäischen Staaten, ganz gleich ob Sieger oder Besiegter, seine Finanzkrise überwinden.

Dazu aber ist vor allem neben der Abrüstung eine Verständigung untereinander notwendig. Herr Briand hat das wieder einmal mit anerkennenswertem Mut ausgesprochen. Er wünscht eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland, in der klaren Erkenntnis, daß die beiden Völkern zum Vorteil gereichen würde. In der Tat liegen wir in einem europäischen Wirtschaftsverband die unbedingte notwendige Voraussetzung für den Wiederaufbau. Und auch hier haben wir auf alle Erfahrungen. In der Schule lernt man ja nur, daß die Reichsgründung im Spiegelbild auf Versailles verhandelt wurde. Auf den Schlachtfeldern, und das ist für Schülerherren etwas, wurde das Reich geschmiebt. In Wirklichkeit war der Grundstein längst gelegt. Der Deutsche Zollverein hat Bismarck längste Arbeit geleistet, auch wenn 1866 die deutschen Stämme noch einmal mit den Waffen gegeneinander im Felde erschienen. Es war die letzte Zuckung jenes deutschen Geistes, der uns ein Jahrhundert hindurch nicht niedergehalten hat. Will man es als Vergleich gelten lassen, so war hundertförmig der Weltkrieg die letzte Zuckung jenes europäischen Geistes, der zuletzt die jüngsten Erdteile fest begründet hat.

Briand aber ging weiter, er hat Locarno bekannt und seinen Ausbau beabsichtigt. In der Tat, wenn man sollte, und Vorsicht wird damit, wenn man noch die Hoffnung hegt, werden wird, so bleibt ein Weiterentwickeln der einzige Möglichkeit, die Erschütterungen zu beheben. Man muß auf jeden Fall mühselige Arbeit, die nicht, so ist der Völkerbund gefährdet, erfüllt er dann nicht mehr, dann hat einen Erfolg, der die Zukunft der Welt Locarno unter allen Umständen Genf.

Die deutsche Außenpolitik ist an dem Punkt heute schon ruhig erklären, was für uns gar nicht gibt. Selbst die Kreise bemerken es, wie gelegentliche Presse bemerken, und wir glauben nicht zu sein, wenn wir sagen, daß ein großer Schritt bedauert, damals gegen den Völkerbund. Unsere innere Politik ist davon unberührt worden. Man kann geteilt sein, es ist nicht in dieser Hinsicht gut war, und nalen noch einmal verlagten. Wir müssen unbedingt einsehen, wenn die S. zu praktischer Mitarbeit ausgerüstet ist die Hauptaufgabe an der Zerfahrenheit in den Völkerbundsbeziehungen. Das muß betont werden, weil der zweite Aufruf des ehemaligen Reichspräsidenten Wirth sich wieder an die Sozialdemokratie wendet und die Weimarer Konstitution fordert. Wäre die Sozialdemokratie weniger auf Agitation eingestellt, so ließe sich darüber reden, obwohl der Koalition die Mehrheit fehlt. Sie könnte sie vielleicht durch Neuwahlen erhalten, so aber ist es unbedenklich. Selbst die Breslauer Volkszeitung, das Organ Lobes, hat nur einige freundliche Worte für Wirth geäußert, andere leh-

nen überhaupt ab. Im Zentrum hörten wir kaum eine zustimmende Äußerung, wenn man von den Windhorst-Bänden abliest. In der demokratischen Presse hat gleichfalls ein großer Teil sich dagegen gewandt. Hier ist es vor allem das starke Bedenken gegen den Ausschluß der Deutschen Volkspartei, die schon erst offiziell durch Stresemanns Rede und durch einen Artikel des sehr weit rechts stehenden Dr. Gildemeister, auf den Boden der Republik getreten ist. Auch in der Zeitung der Partei wird man wenig Neigung verspüren, heute schon eine Parole auszugeben, die vielleicht sich mit den Verhältnissen garrnicht vereinbaren läßt, denn wie die Verhältnisse wirklich liegen, werden wir erst bei Wiederauftritt des Reichstages sehen.

Die Republik steht fest. An dieser Überzeugung lassen wir nicht rütteln. Daß vieles geschehen muß, um Ordnung zu schaffen, verheißt sich nach Magdeburg von selbst. Aber das sind Verwaltungsmaßnahmen, die getroffen werden müssen. Mit dem Geist der Mehrheit hat es nichts zu tun. Die Aufgabe ist eben, der Willen des so lange Mut setzen, als ihnen nichts geschieht. Ein Beispiel würde vermutlich bei der Veranlagung dieser Kreise genügen. Der Vorwurf trifft nicht das deutsche Volk. Wenn am 11. der Verfassungstag förmlich begangen wird, dann soll man nicht nur schöne Reden singen und noch schönere Reden halten, sondern man soll vor allem die bedrohte Staatsautorität gegen ihre pflichtvergeßenen Hüter auf mandem Posten energisch durchsetzen. Nimmer wird das Reich zerfallen, wenn ihr einzig und treu, steht am Kaiser Wilhelm-Denkmal in Koblenz. Aber die Ehrlosigkeit ist es bei uns ja leider nicht weit her. Das ist die wenigstens können wir erwingen. Daß dies geschieht, ist unser Wunsch zum Tage der Reichsvereinfachung. Richard Raag.

### Die demokratische Reichstagsfraktion und die Landwirtschaft.

#### II. Reichstagsordnung.

In der Reichstagsfrage sind Millionen landwirtschaftlicher, hauptsächlich bäuerlicher Betriebe auf das höchste interessiert. In Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe oder teilweise mit Pachtland wirtschaftlich geordnete (die Länder haben dazu keine bezug. Verordnungen erlassen) ab. Im Beginn der Kampf um die Verträge der Reichstagsordnung, in dem die Reichstagsfraktion und die Durchführung gehabt hat. Sein Ziel ist eines Dauerhaftigkeitsgesetzes, die Aufhebung des Ausbaus des Räumungsschutzes wertige Betriebe, die Aufrechterhaltung des (gegen Preiswucher) und die Verlängerung der Reichstagsordnung gegen bisher zwei Jahre, Arbeiten des Richters zu ermöglichen, immer nur kurzfristigen Verträge oft zur Landwirtschaft ist. Mehrheit, gegen die Deutschnationalen, breite, Wirtschaftliche Vereinigung (I), Partei, Welfen und die Hälfte des Reichstags die Verlängerung der Reichstagsordnung September 1927 und eine Reihe von Änderungen durchzuführen. Angehörige bäuerlichen Betrieben der demokratischen Erfolg der Reichstagsordnung.

Bei der Hausbesprechung der Demokratischen Fraktion den die Reichsregierung erachtet werden sollte, in Ergänzung ihres Preisbauprogramms auf die Organisationen der Verpächter, insbesondere auf die „Lote Hand“, die Länder und Gemeinden einzuwirken, den Pächtern angesichts ihrer wirtschaftlichen Lage einen kräftigen Nachdruck zu gewährleisten, wurde, von dem Reichsstad (Deutschnationalen bis Zentrum einschließend) abgelehnt. Ein ähnlicher Antrag, der im Juni d. J. bei der Beratung

